

## 1831 – Einführung in das Thema

Karl H. Schneider

[http://www.hist.uni-hannover.de/mitarbeiter/schneider/kl\\_texte/kt3\\_1831.pdf](http://www.hist.uni-hannover.de/mitarbeiter/schneider/kl_texte/kt3_1831.pdf)

Vorbemerkung: Die folgende Skizze will nicht die gesamten Ereignisse der Jahre 1830/31 behandeln, sondern einführend auf einige Aspekte verweisen.

Als im Juli 1830 in Frankreich die Monarchie unter Karl X. gestürzt wurde und Louis Philippe von Orléans neuer „Bürgerkönig“ wurde, war dies – wieder einmal – nicht nur eine Sache der französischen Gesellschaft, sondern das Ereignis strahlte sehr schnell in andere europäische Länder und Gesellschaften aus. Konflikte, die sich nach der Restauration von 1815 aufgestaut hatten, entluden sich nun, sofort oder mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung. Diese Ereignisse finden zwar in allen Handbüchern statt, aber mit einer erstaunlich geringen Relevanz. Die Ereignisse der Jahre 1830/31 sind meist eher eine Durchgangsstation auf dem Weg zur Revolution von 1848. Dabei sind sie es wert, genauer betrachtet zu werden.

Die Revolution brach Ende Juli in Frankreich aus, als das dortige reaktionäre Regime des Bourbonen Karl X. gestürzt und der „Bürgerkönig“ Louis Philippe von Orléans König wurde. Damit war in Frankreich die Restaurationspolitik der Jahre nach 1815 gescheitert. Die nächste Etappe bildete Belgien, das sich von den Niederlanden löste und 1831 einen eigenen Staat bildete. Noch im November 1830 wurde das Kabinett Wellington in England gestürzt und die Voraussetzungen für weitreichende Reformen geschaffen („Reformbill von 1832“). In Polen kam es zum Aufstand gegen Russland und zu einer weit reichenden Solidarisierung in der deutschen Öffentlichkeit.

In Deutschland waren es erstaunlicherweise die norddeutschen Territorien, welche in den Jahrzehnten zuvor nicht durch besondere Unruhen auf sich aufmerksam gemacht hatten, und in denen nun Aufstände und Unruhen zu verzeichnen waren. In Braunschweig wurde der regierende Herzog in der Nacht vom 6. auf den 7. September nicht nur in die Flucht geschlagen, sondern auch das herzogliche Schloss angezündet. In den folgenden Monaten kam es zu spontanen Aufständen in Göttingen und in Osterode. Zur gleichen Zeit stürmten in den oberhessischen Ämtern die Menschen die Zollstationen.

Sollte jetzt das in Deutschland ausbrechen, was etwa eine Generation vorher noch verhindert worden war: eine Revolution? Und wenn es sich um eine Revolution handelte, weshalb brach sie jetzt aus? Wie sahen die gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland aus? Um es vorweg zu nehmen: es kam zwar nicht zu einer Revolution wie in Frankreich oder in Deutschland 18 Jahre später, aber es wurden wichtige Reformen durchgeführt, wenngleich einige von ihnen nur wenige Jahre später von

---

einer dann wieder selbstsicheren Obrigkeit zurück genommen wurde – in Hannover erinnert daran noch das Denkmal der „Göttinger Sieben“.

Der Blick auf die Verhältnisse in Deutschland muss mehrere Bereiche berücksichtigen, die teilweise alle deutschen Territorien betraf, teilweise aber auch nur einige wenige. Dazu gehört als erstes die Vorgeschichte.

## Vorgeschichte

Die Niederlage Napoleons gegen die Alliierten 1813 und 1815 führte nicht nur dazu, dass die französische Monarchie wieder hergestellt und die besetzten Länder in Europa befreit wurden, sondern auch dazu, dass in einigen Staaten Reformen wieder zurück genommen wurden, die mit der französischen Vorherrschaft eingeführt worden waren. Hierzu gehörte besonders die Aufhebung persönlicher Abhängigkeit, unter der bis dahin große Teile der ländlichen Bevölkerung gelebt hatten. Am bekanntesten ist die preußische „Bauernbefreiung“, weniger bekannt, für unser Thema aber wichtiger, waren die entsprechenden Reformen in den Staaten des Rheinbundes, insbesondere in den so genannten Modellstaaten wie dem Großherzogtum Berg und dem Königreich Westphalen, zu dem die meisten nordwestdeutschen Gebiete bis 1813 gehörten. Die Aufhebung persönlicher Unfreiheit, also der „Eigenbehörigkeit“ oder Leibeigenschaft, hatte nicht sofort dazu geführt, dass die ländliche Bevölkerung von allen Lasten der so genannten Feudalherrschaft, von Diensten und Abgaben, befreit waren. Aber es waren Möglichkeiten geschaffen worden, auch dieses zu erreichen, allerdings gegen Zahlungen von nicht geringen Entschädigungen („Ablösungen“). Weiterhin waren moderne Gesetze erlassen worden, der „Code Napoleon“, und teilweise waren sogar erste Volksvertretungen entstanden.

Zwar waren diese und noch viele weitere Reformen kaum zur Anwendung gekommen, weil dies unter den Bedingungen des Krieges nur ansatzweise möglich war und zugleich schlicht die Zeit fehlte, aber sie hatten doch die Wege in eine moderne, neue Gesellschaft gewiesen, selbst wenn diese mit einer „Fremdherrschaft“ verbunden war.

Das Ende der napoleonischen Zeit in Deutschland war besonders im Nordwesten, wo die französischen Modellstaaten zugunsten der früheren Territorien wieder aufgelöst worden waren, von der Bevölkerung mit Erleichterung aufgenommen worden, weil dies auch das Ende des Krieges bedeutete. Allerdings nahmen die neuen, alten Herren auch die meisten der französischen Gesetze wieder zurück, darunter auch die Aufhebung der persönlichen Unfreiheit. Zwar blieb die Restauration der alten Verhältnisse unvollständig, viele der Territorien des Deutschen Reiches vor 1806 wurden nicht wieder hergestellt, doch die Regierenden mochten das Gefühl haben, es ließe sich weitgehend wieder so regieren, wie vor den großen Umbrüchen kurz nach 1800.

Tatsächlich waren aber die Jahre der Restauration nach 1815 zugleich eine Phase schneller und vieler Veränderungen. Diese betrafen vor allem die ökonomischen Verhältnisse. Große Teile der deutschen Bevölkerung lebte schon seit dem 18. Jahrhundert nicht mehr allein von der Landwirtschaft, sondern von ländlichem Gewerbe; die sog. „Protoindustrialisierung“ bedeutete nicht nur die Herstellung von Garn und Leinen im Heimgewerbe, sondern auch noch den Export dieser Produkte in weit entfernt liegende Regionen, wie die westindischen Inseln. Die Existenz der deutschen

Bevölkerung hing also von globalen Strukturen ab und die begannen sich gerade in den Jahren der Restauration zu wandeln. Vor 1813 hatte der Export wegen der englischen Blockade der deutschen Küsten gestockt, doch nach 1815 kam dieser Export nur schwer wieder in Gang. Inzwischen war die englische Industrialisierung, und das hieß besonders die maschinelle Herstellung von Textilien, weiter fortgeschritten. Damit wurden diese Produkte zu harten Konkurrenten der deutschen Textilien, die weiterhin mechanisch hergestellt worden waren.

Zwar war die vorindustrielle Gesellschaft nicht mehr allein von der Landwirtschaft abhängig, was aber nicht bedeutete, dass die Landwirtschaft bedeutungslos war. Vielmehr spielte sie im Zusammenhang mit der seit dem 19. Jahrhundert stetig wachsenden Bevölkerung eine immer größere Rolle. In der vorindustriellen Gesellschaft gehörten Hungerkrisen aufgrund schlechter Ernten immer wieder zu den großen Herausforderungen an die Menschen. Das galt auch noch im frühen 19. Jahrhundert. Nach 1816 waren die Ernten teilweise stark gefallen und hatten eine erste Auswanderungswelle vor allem aus Südwestdeutschland in Gang gesetzt. Doch nur wenige Jahre später gab es eine Agrarkrise ganz anderer Art, denn jetzt fielen die Preise dramatisch nach einigen sehr guten Erntejahren. Für die unterbäuerliche, heimgewerbliche Bevölkerung waren das gute Jahre, denn die Preise für die Grundnahrungsmittel sanken schnell. Für die Bauern allerdings bedeuteten diese niedrigen Preise eine Katastrophe, denn dadurch waren viele nicht mehr in der Lage, die Abgaben für den Staat und die Grundherren zu tragen. Die Forderung nach einer Reform der Landwirtschaft, einer Aufhebung der alten, 1814 wieder eingeführten Agrarverfassung, wurde immer lauter. Bäuerliche Abhängigkeit mit einer Einschränkung der persönlichen Freiheit und ihrem diffusen System von Diensten und Abgaben, die teils natural, teils in Geld zu entrichten waren, standen immer weniger in Einklang mit den tatsächlichen Verhältnissen. Sie widersprachen auch dem neuen bürgerlichen Eigentumsbegriff. Aber sie nutzten noch den alten Eliten, also dem Adel. Dieser blockierte in den 1820er Jahren nach Kräften jede Veränderung, die auch seinem Herrschaftsanspruch widersprochen und seine Privilegien gemindert hätte.

Ein weiterer Faktor kam hinzu. Zwar hatte man 1813/15 versucht, nach Möglichkeit, die alten Verhältnisse wieder herzustellen, aber das war nur teilweise gelungen. Viele der nach 1806 untergegangenen Klein- und Kleinstterritorien waren nicht mehr zu retten gewesen. Vor allem in Südwestdeutschland hatte sich der alte „Flickenteppich“ aus Territorien stark gelichtet. Gleichwohl bestanden auch nach 1815 große Unterschiede zwischen den Staaten des Deutschen Bundes. Nicht nur das, sondern viele Staaten hatten kein geschlossenes Staatsgebiet. Besonders in Thüringen gab es ein enges Nebeneinander von kleinen Territorien und Gebieten, die zum großen Preußen gehörten. Preußen wiederum hatte sich 1818 zu einer grundlegenden Reform seiner Zölle entschlossen. Nach den napoleonischen Kriegen stand das Land kurz vor einem finanziellen Desaster. Die Lösung sollte die Einführung von neuen Zöllen bringen, die nun nicht mehr wie bisher im Land selbst, etwa an den Stadtmauern, erhoben wurden, sondern an den Außengrenzen des Landes. Dieses neue System funktionierte überaus gut. Es erleichterte den Warenverkehr innerhalb des Landes und sicherte gleichzeitig höhere Einnahmen. Die vielen Grenzen des Landes, besonders die Enklaven anderer Territorien im preußischen Staatsgebiet, verteuerten aber die Zollverwaltung und sie erleichterten das Schmuggeln. Beide Probleme konnten durch den Zusammenschluss zu einem Zollverein gelöst werden. Preußen begann deshalb nach 1818, Zollkooperationen mit Nachbarn zu schließen. Die größte gelang 1828 mit Hessen-Darmstadt. Der von Preußen voran getriebene Zoll-

verein war Ende der 1920er Jahre nicht ohne Konkurrenz, denn mit dem Mitteldeutschen Handelsverein versuchten Hannover, Kurhessen oder Sachsen ein Konkurrenzunternehmen zu gründen. Für die Menschen in Grenznähe bedeuteten diese Veränderungen Chance und Risiko. Viele Menschen in Oberhessen, an der Grenze zu Hessen-Darmstadt, mussten 1830 befürchten, dass sie ihre Märkte jenseits der Grenze verlieren würden.

Es brodelte also in allen Bereichen. Die „Deutsche Frage“ gehörte auch dazu, denn sie stellte sich gleich doppelt. Die Restaurationsphase hatte sowohl innerstaatliche Parlamentarisierungsansätze gehemmt als auch die Bildung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates verhindert. Zum ersten Punkt war 1815 in Art. 13 der Deutschen Bundesakte formuliert worden: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung statt finden.“ Diese Formulierung war aber interpretationsfähig und sie führte nicht dazu, dass in den deutschen Territorien moderne Verfassungen eingerichtet wurden. Lediglich in den süddeutschen Staaten, die während der Rheinbundzeit schon Verfassungen eingerichtet hatten, konnte man im engeren Sinn von einem konstitutionellen Leben sprechen. Preußen und Österreich hatten sogar gar keine Verfassungen. Die Verfassungsfrage stand aber nicht nur seit 1816 auf der „Tagesordnung“, sondern sie war auch heftig umkämpft. Das galt auch für die konstitutionellen Staaten Südwestdeutschlands, aber erst recht für den Norden, wo in allen wichtigen Staaten moderne Verfassungen fehlten und im günstigsten Fall „altständische“ Verfassungen wieder hergestellt worden waren. In Preußen war zwar 1815 ein Verfassungsversprechen gegeben, aber nie eingehalten worden. Daneben kämpften die Vertreter des „alten Deutschland“ im Deutschen Bund, allen voran Österreich und Preußen einen verbissenen Kampf gegen die deutsche Nationalbewegung. Berühmt-berüchtigter Höhepunkt waren die Karlsbader Beschlüsse von 1819.

## Die Folgen

Was brachten die revolutionären Ereignisse an längerfristigen Ergebnissen? Eines der Ziele der deutschen Verfassungsbewegung war die Einrichtung moderner konstitutioneller Verfassungen. Sie sollten eine stärkere Beteiligung des Bürgertums sicher stellen, liberale Positionen verwirklichen und die Macht des Adels reduzieren. Dazu gehörten ein neues Wahlrecht, aber auch stärkere Rechte des Parlaments. In den Ländern Hessen-Kassel, Braunschweig, Hannover und Sachsen konnten diese Forderungen zwischen 1831 und 1832 verwirklicht werden, allerdings folgten in Hessen-Kassel und in Hannover bald Verfassungsbrüche und Verfassungskämpfe.

Ein zweites Ergebnis war die Einführung von Ablösungsgesetzen, die dazu führten, dass die Bauern ihre feudalen Abgaben „ablösen“, d.h. in Geldabgaben umwandeln bzw. komplett kapitalisieren konnten. In den norddeutschen Staaten Hannover und Braunschweig wurden diese Gesetze so konzipiert, dass in den folgenden Jahrzehnten kaum Änderungen nötig wurden. In den süddeutschen Staaten dagegen behielten sich die Mediatisierten weitgehende Sonderrechte vor, so dass sich dort in den folgenden Jahren ein sozialer Sprengstoff ansammelte, der sich dann im Frühjahr 1848 entlud.

Die Revolution führte auch dazu, dass Hessen-Kassel aus dem 1830 geplanten „Mitteldeutschen Handelsverein“ ausschied und dem preußischen Zollverein anschloss, womit eine wichtige

Vorentscheidung für den 1834 in Kraft getretenen Zollverein getroffen war, wenngleich die nordwestdeutschen Staaten (die 1946 das Land Niedersachsen gründeten), zunächst einen eigenen Zollverein, den Steuerverein, gründeten.

Das Jahr 1831 hatte aber auch eine bedeutende ökonomische Seite, denn in diesem Jahr fielen die Ernten schlecht aus, was zu Hungersnot und Arbeitslosigkeit führte. Die protoindustrielle Gesellschaft näherte sich ihrem Endstadium, das mit Hunger und Not verbunden war und die nächste Jahre prägen sollte. Hinzu kam eine Choleraepidemie, die die Notlage besonders auf dem flachen Land noch verstärkte.

Der Übergangscharakter dieser Jahre zeigt sich auch daran, dass jetzt der „Vormärz“ begann, welche durch eine Verschärfung der politischen Verhältnisse (Hambacher Fest) und der ökonomischen Lage gekennzeichnet war. Andererseits begann mit dem Zollverein 1834 und dem Bau der ersten Eisenbahn 1835 (der sehr schnell weitere folgten), der Einstieg in die deutsche Industrialisierung, die nach 1840 schnell an Tempo gewann und die zweite Jahrhunderthälfte prägte. Das Land, welches besonders von der Industrialisierung im 19. Jahrhundert profitierte und dieses Land war es, welches auch politische nach 1860 die deutsche Frage entschied, allerdings etwas anders als die Liberalen in der ersten Jahrhunderthälfte gehofft hatten.

## Literatur

Hier nur einführende und zusammenfassende Literatur:

- BOTZENHART, Manfred, Reform, Restauration, Krise. Deutschland 1789-1847. (Moderne Deutsche Geschichte: von der Reformation bis zur Vereinigung 4) Frankfurt 4 1997.
- FABER, Karl-Georg, Handbuch der deutschen Geschichte: von 1815 bis 1851. Wiesbaden 1979.
- FEHRENBACH, Elisabeth, Vom Ancien Régime zum Wiener Kongreß. (Oldenbourg-Grundriß der Geschichte 12) München 3. Auflage, 1993.
- HAHN, Hans-Werner, Geschichte des Deutschen Zollvereins. (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1502) Göttingen 1984.
- HENNING, Friedrich-Wilhelm, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert. (Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands 2) Paderborn [u.a.] 1996.
- HUBER, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte: seit 1789 Bd. 1: Reform und Restauration. Stuttgart [u.a.] (Rev. Nachdr. der 2. Auflage) [1995].
- HUBER, Ernst Rudolf, Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte 1.: Deutsche Verfassungsdokumente 1803 - 1850. Stuttgart 3.Auflage 1978.
- KOCKA, Jürgen, Das lange 19. Jahrhundert: Arbeit, Nation und bürgerliche Gesellschaft. (Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, 10. Auflage, 13) Stuttgart 2004.

- LUTZ, Heinrich, Die Deutschen und ihre Nation. Zwischen Habsburg und Preußen : Deutschland 1815 - 1866. (Die Deutschen und ihre Nation : neuere dt. Geschichte in 6 Bd. 8) Berlin 1985.
- NIPPERDEY, Thomas, Deutsche Geschichte 1800 – 1866: Bürgerwelt und starker Staat. München 52. - 71. Tsd 1998.
- SHEEHAN, James J., Der Ausklang des Alten Reiches. Deutschland seit dem Ende des Siebenjährigen Krieges bis zur gescheiterten Revolution. 1763 bis 1850. (Propyläen Geschichte Deutschlands 6) Berlin 1994.
- SIEMANN, Wolfram, Vom Staatenbund zum Nationalstaat. Deutschland 1806 - 1871. (Neue deutsche Geschichte 7) München 1995.
- WEHLER, Hans-Ulrich, Von der Reformära bis zur industriellen und politischen 'Deutschen Doppelrevolution'. 1815 - 1845/49. (Deutsche Gesellschaftsgeschichte / Hans-Ulrich Wehler 2) München 2. Aufl 1989.
- WEIS, Eberhard, Der Durchbruch des Bürgertums. 1776-1847. (Propyläen-Geschichte Europas, Ullstein-Buch 4) Frankfurt am Main [u.a.] 1982
- WINKLER, Heinrich August, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte 1806-1933. (Schriftenreihe Bundeszentrale für Politische Bildung 385) München 2000.

## Internetadressen

Das Angebot an guten Websites zur Deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts ist eher dürftig. Das gilt auch für die Zeit 1830/31.

Eine gute Quellensammlung zu deutschen Verfassungen bietet:

<http://www.verfassungen.de/de/>

Eine Fülle von weiteren Quellentexten bietet:

<http://www.documentarchiv.de/>

Diese und einige andere Seiten finden sich auch verlinkt auf:

VL-Geschichte, 19. Jahrhundert:

<http://www.erlangerhistorikerseite.de/heidelberg/gh/e6.html>